

PARTEIENVERGLEICH

Argumentationshilfe des Referenten-Arbeitskreises der IG Metall Stuttgart



Themen	CDU/CSU	SPD	FDP	B90/GRÜNE	DIE LINKE
Sollen Hilfen für Banken und Firmen an Bedingungen geknüpft werden? Sollen die Finanzmärkte anders reguliert werden?	„Banken müssen sich ihrer Finanzierungsverantwortung gegenüber dem Mittelstand bewusst sein. „...die Aufsichtsbehörden im Rahmen der Europäischen Zentralbank müssen so zusammengeführt werden, das für eine effiziente Aufsicht sowie gemeinsame Krisenprävention und -bewältigung gesorgt ist.“ „Wir werden für Finanzinvestoren mehr Transparenz durchsetzen...“ „Hedgefonds sind einem international abgestimmten Regelwerk zu unterwerfen.“	„Kein Markt, keine Produkt, kein Akteur kein Territorium und kein Staat darf in Zukunft unbeaufsichtigt bleiben. „Wir fordern eine Registrierung und ... Überwachung von Hedge-Fonds und Private-Equity-Fonds auf internationaler Ebene... sowie höhere Eigenkapitalanforderungen auch bei der Vergabe von Krediten.“ „Schädliche Leerverkäufe...müssen unterbunden werden.“ „Für einen verbesserten Verbraucherschutz werden wir einen Finanzprodukte-TÜV einrichten“	Nein. „Der Staat soll sich nach der Krise sofort aus Wirtschaftsunternehmen und Finanzinstituten zurückziehen.“ „Ein Re-Privatisierungsrat soll eingesetzt werden.“	„Zur Krisenbewältigung vorübergehende (Teil-) Verstaatlichung von Banken“, „effektiven Ordnungsrahmen für die globale Wirtschaft schaffen“, „alle Produkte, alle Akteure, alle Länder müssen in die Finanzmarktordnung und -aufsicht einbezogen werden.“	„... den privaten Bankensektor in die öffentliche Hand überführen und, entsprechend den Sparkassen, auf das Gemeinwohl verpflichten; Leerverkäufe,..., Derivate, Hedgefonds und... verbieten...“ „Auf europäischer Ebene müssen Regulierungs- und Aufsichtsstrukturen aufgebaut und bestehende gestärkt werden.“
Beschäftigungssicherung, Kündigungsschutz, Firmenbeteiligungen. Wie möchten die Parteien die zukünftige Mitbestimmung gestalten?	„Forschung und Innovation sind ein entscheidender Baustein unseres Programms für Wachstum und zur Überwindung der Wirtschaftskrise.“ Zu Kündigungsschutz, Firmenbeteiligungen und Mitbestimmung gibt es keine Aussagen.	„Mitbestimmung ist ein Erfolgsfaktor“, „Wir brauchen starke Gewerkschaften und Tarifautonomie“, „Der Schutz vor Kündigungen und die Wahl von Betriebsräten ... sind unverzichtbare Rechte“ „Leiharbeit: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ „Wir wollen ...die Mitbestimmung... bei Fragen der Aus-und Weiterbildung im Betrieb ausbauen“ „Zukünftig soll in Aufsichtsratsgremien...eine Frauenquote von mindestens 40 Prozent gelten.“ „Wir wollen, dass Tariftreue bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen zu einem zentralen Kriterium wird.“	„Der Kündigungsschutz soll erst nach zwei Jahren Beschäftigung und ab 20 Beschäftigten gelten. Die Paritätische Mitbestimmung soll abgeschafft werden.“ „Ein Betriebsrat sollte erst in Unternehmen ab 20 Beschäftigten gebildet werden, und ein Wahlquorum von 50 Prozent erfordern.“	„Verbandsklagerecht für Gewerkschaften ist überfällig“, keine Schwächung der Tarifautonomie. Keine Verlagerung von Lohnverhandlungen auf einzelbetriebliche Ebene. „Stärkere Beteiligung der ArbeitnehmerInnen am Betriebsvermögen“, „direkter Wechsel vom Vorstand in den Aufsichtsrat soll künftig unmöglich sein“, „50 Prozent Quote für Frauen in Aufsichtsräten.“	„Beteiligung von abhängig Beschäftigten und ihren Gewerkschaften an wesentlichen Entscheidungen der Unternehmen stärken; paritätische Mitbestimmung der abhängig Beschäftigten auf alle privaten und öffentlichen und gemeinwirtschaftlichen Unternehmen mit mehr als 100 Beschäftigte ausweiten; die Mitbestimmung bei wirtschaftlichen Entscheidungen auch in kleineren Betrieben im BetrVG verankern“, „Belegschaften an großen Unternehmen beteiligen; staatliche Hilfen nur im Tausch gegen entsprechende Eigentumsanteile der öffentlichen Hand und Belegschaften vergeben.“



Themen	CDU/CSU	SPD	FDP	B90/GRÜNE	DIE LINKE
Schutzschirm für Banken, Abwrackprämie kosten die Steuerzahler Millionen. Wie wollen die Parteien das bezahlen?	Steuererhöhungen lehnen CDU/CSU ab. „Wir werden Haushaltsdisziplin üben und die staatlich übernommenen Aufgaben auf ihre Notwendigkeit hin überprüfen.“ Eine konkretere Antwort auf die Bezahlung der Schulden gibt es nicht.	Gerechte Steuern: „Anhebung des Spitzensteuersatzes als Bildungssoli auf 47 Prozent“, „Zur Eindämmung kurzfristiger Spekulationen ... eine Börenumsatzsteuer einführen.“ „Wir wollen eine konsequente Bekämpfung von Steuerhinterziehung.“	Im Wahlprogramm gibt es keine einzige konkrete Aussage wie das bezahlt werden soll.	„Zeitlich befristete, einmalige Vermögensabgabe nach Art. 106 GG einführen, ... Zweckgebunden die Kosten zur Bewältigung der Krise tilgen“, „den Spitzensteuersatz der Einkommenssteuer anheben und der Erbschaftssteuererhöhung deutlich erhöhen“ (Steueroasen)	„Wir wollen die Steuern auf hohe Einkommen, hohe Erbschaften und Konzern-Gewinne erhöhen. Eine Börsenumsatzsteuer muss eingeführt werden. Die Vermögenssteuer muss als Millionärssteuer wiedererhoben werden.“
Finanz- und Wirtschaftskrise gefährden Millionen von Arbeitsplätzen. Was wollen die Parteien unternehmen um Arbeitsplätze zu erhalten?	„Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist der Staat gefordert. Er muss alles tun, um Brücken für den nächsten Aufschwung zu bauen“, „Sozial ist was Arbeit schafft. ... jetzt kommt es darauf an auch mit kurzfristig wirkenden, pragmatischen Maßnahmen Arbeitsplätze zu erhalten und neue zu schaffen.“	„Qualifizieren statt entlassen, das ist unser Prinzip“, „Als Lohnuntergrenze wollen wir einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn 7,50 Euro ... als Orientierungsmarke“, „Wir wollen die Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Forschungs- und Entwicklungsausgaben auf drei Prozent des Bruttoinlandproduktes“, „Die Alternteilzeit werden wir bis 2015 verlängern“, „Wir wollen ... ein Recht auf Ganztagesbetreuung von Kindern“, „Wir werden den Ausbau der Erneuerbaren Energie konsequent voranbringen.“	„Abweichung von Tarifverträge ohne Zustimmung von Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften, sowie geringerer Lohn und längere Arbeitszeit sichert und schafft neue Arbeitsplätze.“ Gegen einen gesetzlichen Mindestlohn	„Mit dem Grünen New Deal wollen wir investieren in Klima, Gerechtigkeit und Bildung. Damit schaffen wir eine Million Jobs. Indem wir Zukunftsinvestitionen vorziehen und die ökologischen und sozialen Schwächen unserer Wirtschaftsordnung beseitigen.“ „Einführung eines allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn von 7,50 Euro je Stunde...“, „Zeitarbeit darf kein Instrument sein, mit dem Lohndumping vorangetrieben und andere Standards abgesenkt werden.“	„Verbot von Massenentlassungen bei allen Unternehmen, die nicht insolvenzgefährdet sind.“ „Zukunftsprogramm für zwei Millionen neue Arbeitsplätze auflegen: mit Investitionen von 100 Milliarden Euro pro Jahr in Bildung, Gesundheit, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr die Krise bekämpfen...“, „flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn einführen, der in der nächsten Wahlperiode auf 10 Euro erhöht wird...“, „Leiharbeit strikt begrenzen... gleicher Lohn für gleiche Arbeit, zuzüglich einer Flexibilitätsvergütung.“

Wählen gehen!
Damit sich etwas ändert:
Bundestagswahl am 27.9.

GEMEINSAM FÜR EIN
GUTES LEBEN